

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 13. Mai 2024

Fünf Punkte für eine generationengerechte Haushaltspolitik

Wir Freie Demokraten wollen eine Wirtschaftswende für Deutschland und Europa erreichen. Wir müssen neues Wachstum entfesseln, zur Sicherung unserer Freiheit, unserer Demokratie, unseres Wohlstandes und unseres Sozialstaates. Statt Stagnation und Resignation brauchen wir Wachstum und Zuversicht in den Standort Deutschland. Deshalb brauchen wir die Wirtschaftswende jetzt!

Die Wirtschaftswende muss sich auch in der Haushaltspolitik des Staates widerspiegeln. Wir werden Wachstum und Wohlstand nicht durch staatlichen Konsum oder steigende Sozialausgaben entfachen können. Das wäre ein Strohfeuer zulasten kommender Generationen. Wir können den Staatshaushalt nicht mit immer mehr Sozialausgaben überlasten und Handlungsspielräume weiter einschränken. Eine solche Haushaltspolitik würde das Vertrauen in den Standort Deutschland weiter erschüttern und die Zukunftsperspektiven unserer jungen Generation eintrüben.

Wir müssen dagegen Spielräume schaffen für Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit und Bildung. Wir müssen die Verwaltung digitalisieren und schneller machen. Wir brauchen Entlastungen bei Bürokratie und Steuern. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kosten der Sozialsysteme nicht zu bedrohlichen Belastungen für Unternehmen und Arbeitnehmer werden. Wir brauchen die Haushaltswende jetzt!

Die Haushaltswende ist keine unlösbare Aufgabe. Der deutsche Staat ist sehr auskömmlich finanziert. Gegenüber dem Vorkrisenhaushalt 2019 mit 356 Milliarden Euro werden die Ausgaben im Bundeshaushalt 2025 um über 95 Milliarden Euro ansteigen. Das ist auch inflationsbereinigt ein deutlicher Aufwuchs. Argumente, die als Vergleich nur die Corona-Haushalte heranziehen, in denen der Staat mit massiven Notlagenkrediten die Wirtschaft am Leben gehalten hat, blenden die mittelfristig stark expansive Ausgabenentwicklung des Bundes aus.

Ein Blick auf die Staatsquote verdeutlicht dies: Sie ist seit Amtsübernahme der gegenwärtigen Bundesregierung von 50,9 Prozent (2021) auf 48,2 Prozent (2023) des Bruttoinlandsprodukts abgebaut worden. Damit haben wir nach der Corona-Krise trotz Russlands Krieg in der Ukraine und der damit verbundenen Energiepreiskrise bereits wichtige Fortschritte auf dem Weg zurück zu einem schlanken, effizienten Staat gemacht. Allerdings sind weitere Anstrengungen nötig. Bis 2013 hatte die schwarz-gelbe Koalition eine Rückführung der Staatsquote auf unter 45 Prozent erreicht. Dieses Niveau wollen wir durch eine kluge, zurückhaltende und zielgerichtete Ausgabenpolitik wieder erreichen. Denn nur, wenn der Staat den Selbstständigen, Freiberuflern und Betrieben nicht die Fachkräfte und das Kapital streitig macht, können diese investieren und den Standort wieder zu einem der wettbewerbsfähigsten der Welt machen. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass der Staat für nur

zehn Prozent der Investitionen verantwortlich ist. Für eine erfolgreiche Wirtschaftswende müssen vor allem die Fesseln für mehr private Investitionen gelöst werden.

Wir Freie Demokraten begrüßen, dass trotz der erfolgreichen Konsolidierungspolitik die Investitionsquote des Bundes im laufenden Jahr mit voraussichtlich 14,8 Prozent der Ausgaben dramatisch höher ist als noch unter der schwarz-roten Vorgängerregierung 2021 (8,2 Prozent). Das zeigt: Prioritätensetzung im Rahmen begrenzter Mittel bringt sichtbare Erfolge. Kein Privathaushalt, kein Unternehmen kann sich dem Wirtschaften im Rahmen der verfügbaren Mittel entziehen – nicht anders ist es beim Staat. Alle Staaten, die dies über längere Phasen nicht berücksichtigt haben, sind über kurz oder lang in schwere Krisen gestürzt bis hin zur Staatsinsolvenz.

Schon in wenigen Jahren werden wir für die Tilgung der Notkredite der letzten Jahre jährliche Zahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe aufwenden müssen – und das über Jahrzehnte. Die USA geben aufgrund ihrer schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme wie dem Inflation Reduction Act bereits zweieinhalb Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts nur für Zinsen aus; bei Deutschland ist es knapp über ein Prozent. Hätten wir eine Schuldenquote wie die USA, dann müssten wir aktuell weitere etwa 35 bis 40 Milliarden Euro ausgeben – Jahr für Jahr.

Dies zeigt: Schuldenmachen ist leicht, Schuldenabbau umso schwieriger. Verantwortungsbewusste Politik verschließt davor nicht die Augen.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten folgende fünf Maßnahmen für eine generationengerechte Haushaltspolitik:

1. *Die Schuldenbremse ist ein Stabilitätsanker für Deutschland und Europa:* Sie muss auch 2025 eingehalten werden. Damit das gelingt, gilt es zu tun, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde: Alle Ausgaben des Bundes müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Alle Bundesminister müssen sich daran beteiligen und innerhalb ihrer fachlichen Zuständigkeit priorisieren und mögliche Synergien heben.
2. *Keine EU-Schuldenunion:* Auch nach der Europawahl muss gelten, was vorher vereinbart wurde: Der EU-Wiederaufbaufonds muss einmalig bleiben, es darf keine erneute gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU geben. Denn für die ökonomisch fatalen Wirkungen weiterer Schuldenaufnahme ist es unerheblich, auf welcher staatlichen Ebene sie verbucht wird. Zins und Tilgung fallen in jedem Fall an – und belasten unsere Zukunftsfähigkeit.
3. *Erwirtschaften kommt vor Ausgeben:* Deutschland kann nur international Verantwortung übernehmen, wenn es selbst wirtschaftlich stark ist. Deshalb muss der Bundeshaushalt ein Entlastungshaushalt sein, der unsere Betriebe und Fachkräfte stärkt und es ihnen ermöglicht, neuen Wohlstand zu schaffen. Gelingt uns dies nicht, können wir auch international nicht mehr zu den größten Geldgebern, zum Beispiel bei der Entwicklungshilfe, gehören.
4. *Respekt gegenüber den Beitrags- und Steuerzahlern:* Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanzieren über die Einkommensteuer und Abgaben in die Sozialsysteme einen Großteil unserer staatlichen Gesamtausgaben. Wir dürfen ihre Leistungsfähigkeit nicht durch explo-

dierende Ausgabensteigerungen insbesondere in den Sozialsystemen überfordern. Wir dürfen aber auch keine falschen Anreize setzen, sich aus dem Arbeitsmarkt zu verabschieden oder die Aufnahme einer Arbeit zu verweigern, weil sie sich finanziell schlicht nicht lohnt. Wir müssen deshalb auch Reformen der Sozialsysteme in Angriff nehmen. Die Arbeiten an den Reformen des Gesundheitssystems gehen in die richtige Richtung. Aber es muss mehr passieren. Die Rente mit 63 wie das Bürgergeld in seiner jetzigen Ausgestaltung setzen Fehlanreize, die wir uns nicht leisten können. Wir brauchen jeden und jede am Arbeitsmarkt, damit es in Deutschland für alle wieder aufwärtsgehen kann.

5. *Generationengerechte Rentenfinanzierung:* Für eine generationengerechte Absicherung brauchen wir Korrekturen am gesetzlichen System der Altersvorsorge. Das geplante Generationenkapital ist in Richtung einer echten Aktienrente nach schwedischem Vorbild auszubauen – mit individuellen Konten der Beitragszahler und dem Anspruch auf eine kapitalgedeckte Zusatzrente. Damit könnte das Rentenniveau langfristig sogar wieder steigen – dies aber nicht zulasten der jüngeren Generation der Beitragszahler, sondern durch den Vermögensaufbau als Treiber von Wachstum und Wohlstand.